

Oktober
2016

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich Bund + Länder
Nordrhein-Westfalen

I
N
F
O
R
M
A
T
I
O
N

ver.di-Vertreter zu Gesprächen in der Generalzolldirektion

Zu einem knapp zweistündigen Meinungsaustausch trafen sich am Dienstag, den 11.10.2016, Vertreter der Gewerkschaft ver.di mit dem Präsidenten der Generalzolldirektion Herrn Schröder sowie dem Leiter der Direktion I Herrn Dr. Scheuer. In einem offenen und konstruktiven Dialog zeigte sich der Präsident sehr aufgeschlossen gegenüber den Fragen und Anregungen unserer ver.di-Kollegen und stellte auch seinerseits einige Nachfragen zu den vielfältigen Themen.



V.l.n.r.: Udo Bäumle (ver.di-BPR), Thorsten Hautmann (ver.di-Gewerkschaftssekretär im Lbz NRW), Uwe Schröder (Präsident der GZD), Mathias Schlüter (ver.di-BPR), Dr. Martin Scheuer (Leiter Direktion 1) und Wilhelm Jumpertz (Mitglied der ver.di Bundes- u. Präsidiumsmitglieder der ver.di Landesfachkommission Bundesfinanzverwaltung in NRW)

Schwerpunktmäßig erörterten die Teilnehmer insbesondere u.a. die Themen Personalentwicklung, Personalfehlbestand und Ausstattung der Zollverwaltung sowie Fragestellungen zur Kfz-Steuer, Finanzkontrolle Schwarzarbeit, betrieblichem Gesundheitsmanagement, Beförderungsmöglichkeiten und Zukunft der Hauptzollämter. Dabei wiesen die ver.di-Vertreter anhand konkreter Zahlen auf den doch erheblichen Personalfehlbestand und der damit einhergehenden Belastung, welche sich auch in einer insgesamt überdurchschnittlichen Krankheitsquote ausdrückt, hin. Der Präsident betonte, dass ihm die Situation nicht unbekannt sei, wengleich die Analyse doch ein sehr unterschiedliches Bild ergebe. Zudem entscheide die GZD nicht selbst über Planstellen und gerade auch im Hinblick auf die FKS sei die Einhaltung politischer Zusagen notwendig, wenn man leistungsfähig sein sollte. Darüber hinaus gäbe es durchaus auch das „Nadelöhr Ausbildung“. Es sei aber klar, dass Ausbildungskapazitäten gesteigert werden müssten und z.T. auch Verbesserungen in Bezug auf die Sicherung einer höheren Attraktivität der Ausbildung erfolgen könnten. Zu der Idee, dass man ggf. auch vermehrt für nichthoheitliche Aufgaben Tarifbeschäftigte einstellen könnte, äußerte der Präsident, dass dies im Verwaltungsbereich zum Teil schon getan werde (Stichwort Ausfuhrkassenzettel) und man sich auch durchaus eine weitere vermehrte Einstellung von Tarifbeschäftigten vorstellen könne, wengleich die Quote an sich bereits jetzt vergleichsweise hoch sei. Auch müsse man selbstverständlich immer zunächst „auf die Aufgaben gucken“ und danach entscheiden.

Online-Beitritt: www.mitgliedwerden.verdi.de

Es sei in der Tat ein Mangel an Personal vorhanden und es sei auch bekannt, dass sich dieses Problem nicht allein auf Dienststellen wie z.B. Frankfurt a.M. Flughafen beziehe. Auch arbeite man derzeit sowohl an einem Analyseinstrument für Personal und Organisation, welches technisch kurz vor der Vollendung stehe als auch an einem Konzept zum Gesundheitsmanagement. Auch bezüglich einer zumindest teilweise mangelhaften Ausstattung habe man die Probleme erkannt und wolle diese auch gar nicht kleinreden. Man versuche alles zu unternehmen, damit die Ausstattung stimme, stoße dabei allerdings häufig auch auf Probleme haushaltstechnischer Art. Zudem sei man in Gesprächen mit der BIWA und könne hier ggf. aufgrund der neuen Struktur und kürzerer Wege auch mehr Einfluss nehmen.

In Bezug auf die Kfz-Steuer waren sich alle Anwesenden darin einig, dass die dort arbeitenden Kolleginnen und Kollegen mit großem Engagement und Ehrgeiz bei der Sache seien und dies trotz der Tatsache, dass hier der „Aufwand nicht durch entsprechende Stellen hinterlegt“ ist. Selbst der Bundesrechnungshof habe an dieser Stelle einen Fehlbedarf festgestellt. Es gäbe dazu eine Organisationsuntersuchung, welche derzeit dem Ministerium vorläge.

Zur Zukunft der Hauptzollämter äußerte sich Präsident Schröder insofern, dass es derzeit keinerlei Intentionen gäbe in der Fläche Hauptzollämter zu schließen, auch nicht auf Ministeriumsebene. Vielmehr gelte es die Präsenz des Zolls beizubehalten und im Rahmen der neuen Struktur weiter an den Schnittstellen der Kommunikation zu arbeiten. Nicht zuletzt seien bei einer fortzuschreibenden Risikoanalyse die Erfahrungen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter extrem wichtig. Hier war sich der Präsident mit den Gewerkschaftsvertretern einig, die sich dahingehend äußerten, dass es auf jeden Fall gelte bei allem technischen Fortschritt eine gewisse Kontrolldichte aufrechtzuerhalten.

Ganz konkret äußerten sich Präsident Schröder und Dr. Scheuer abschließend noch zur Beurteilungsrunde, wo man wohl doch etwas zu vorschnell und zu optimistisch einen Termin verkündet habe sowie zur Überführung vom einfachen in den mittleren Dienst, welche ein voller Erfolg gewesen sei, die Maßnahme allerdings nicht jedes Jahr durchgeführt werden könne. Bei den Bewertungsobergrenzen der einzelnen Besoldungsgruppen äußerte sich Dr. Scheuer dahingehend, dass es für 2016 keine Möglichkeiten der Neubewertung von Stellen mehr gäbe. Dies werde voraussichtlich erst wieder im nächsten Haushaltsjahr der Fall sein.

In der Zukunft wollen die Parteien auch weiterhin miteinander in Kontakt bleiben. In diesem Sinne bedanken wir uns auch an dieser Stelle noch einmal bei Präsident Schröder und Herrn Dr. Scheuer für das Gespräch.

Ihre *ver.di* -Landesfachkommission Bundesfinanzverwaltung in NRW

